480. Morgen-Ausgabe. Berlin. Sonntag, 21. September 1913.

Vossische Zeitung

Begründet 1704.

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Beilagen und Seiten-Rubriken: Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr (täglich), Sport-Nachrichten (Montags früh), Literarische Umschau, Reise und Wanderung, Groß Berlin, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Blätter der Frauenwelt. Man abonniert für auswärts bei allen Postanstalten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns etc. (Post-Zeitungspreisliste S. 222), für Groß Berlin bei allen Zeitungsverlegern und Zeitungsspediteuren sowie in der Haupt-Expedition und in den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Bezugspreis: für Groß Berlin durch die Zeitungsspediteure monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung, durch die Post monatlich 2 M. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschl. Bestellgebühr. Anzeigenpreis pro Zeile: Für die Morgenausgabe 50 Pf. (Stellengesuche sowie amtliche Anzeigen staatlicher oder städtischer Behörden 40 Pf), Montagsausgabe und „Für Reise und Wanderung" 60 Pf., Abendausgabe 70 Pf., im übrigen Berechnung nach Schrifttarten laut Tarif. — Haupt-Expedition: C. 2, Breite Str. 8/9. Filial-Expeditionen: W. 9, Potsdamer Str. 134a, W. 50, Tauentzienstr. 7, W. 62, Lutherstr. 21, S. 14, Neue Roßstr. 18, O. 27, Holzmarktstr. 13.

Telephon-Anschlüsse: (Telephon-Zentrale im Hause) Amt Zentrum 8689, 8690, 8691, 8692, für Ferngespräche Amt Zentrum 10 640, 10 641.

Im Verlage Vossischer Erben. Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9, Berlin C. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils) H. Bachmann in Berlin.

Nach der roten Woche.

Die Redeschlacht ist vorüber, die Genossen kehren heim zu ihren Häusern, und der Vorsitzende hat feierlich versichert, dieser Parteitag habe die Gegner enttäuscht. „Keine Selbstzerfleischung hat stattgefunden, sondern der Wille zur Einigkeit und Geschlossenheit ist zum Ausdruck gekommen wie nie zuvor." Wie es nimmt. In der Tat, nicht zwar alle, aber manche hier sind enttäuscht. Nämlich die Scharfmacher, die auf vernünftige Reden und revolutionäre Beschlüsse gehofft hatten. Sie sind in Jena so wenig auf die Rechnung gekommen, daß in ihrer Verlegenheit die hergebrachte Taktik zu ändern gesucht werden. Während früher jede Aussicht auf eine Mausefalle der Partei bestritten und verlacht und dem Radikalismus eine sichere Vorherrschaft vorausgesagt wurde, lautet die Formel jetzt: „Der Revisionismus ist der Feind; je maßvoller, um so gefährlicher." Die anderen Gegner — und Gegner bleiben sie alledem — sind nicht enttäuscht, sondern befriedigt über die gründliche Niederlage, die die Fürsprecher aufreizender, auf den gewaltsamen Umsturz drängender Methoden erlitten haben. Die Abrechnung mit denen um Rosa Luxemburg, Mehring, Liebknecht, Ledebour war von so herzerquickender Klarheit und Deutlichkeit, auch das Stimmverhältnis so unzweideutig, daß die Schlußworte des Genossen Ebert, wenn sie einen Sinn haben sollen, nur bedeuten können, die große Mehrheit habe den festen Willen, sich von den revolutionären Phrasenhelden, sei es der weiblichen, sei es der männlichen Linie, nicht mehr beirren zu lassen, sondern sie einig und geschlossen die Schranken zu weisen. Dieser Parteitag ist der erste große Sieg des Revisionismus.

Es war der erste Parteitag ohne Bebel. Aber selbst wenn der erprobte Führer noch gelebt und geredet hätte, es wäre nicht anders gekommen. Denn auch Bebel hatte sich gemausert. Es zeigt sein Brief an Molkenbuhr. Der „Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft", der nicht müde werden wollte, den heutigen Staat zu untergraben, hatte seit seinem Triumph vom Dresdener Trianonsaal gelernt. Er wollte dazumal am liebsten sich und den Revisionisten das Tischtuch zerschneiden, und jetzt war er der Meinung, daß die feindlichen Brüder einander näher gekommen seien. Die Revisionisten haben sich nicht geändert; also hatte sich Bebel ihnen genähert. Er hat es sehr, daß er in seinem letzten Brief den Weg angab, wie man die „Ultraradikalen" aus dem Felde schlagen könne. Bebel nannte die „Ultraradikalen"! Man kann den Schmerz verstehen, den sie bei diesem Vermächtnis empfanden, und die Enttäuschung, die sie ob seiner Verlesung zur Schau trugen. Nur ist sie auf die ironische Unterstellung, sie hätten die Kenntnis des Schreibens, wenn es ihnen günstig gewesen wäre, im tiefen Busen bewahrt, keine Antwort fanden. Nein, sie hätten auf dem Parteitage den kürzeren gezogen, auch ohne daß der tote Bebel, ein neuer Cid, gegen sie kämpfte. Alle Abstimmungen sind gegen sie ausgefallen. Zuletzt auch noch die Vorstandswahlen.

Bei den Verhandlungen über den Massenstreik eine erdrückende Mehrheit gegen die Radikalen; bei den Erörterungen über die Annahme der Besitzsteuern durch die Reichstagsfraktion abermals die erdrückende Mehrheit; bei der Debatte über die Maifeier ein lendenlahmer Beschluß, der nur beweist, daß diese selbst tönend angepriesene Kraftprobe immer geringeren Anklang bei den Massen findet; im Fall Radek eine summarische Abscheidung, die dem „ultraradikalen" Quertreiber endgültig den Stuhl vor die Tür stellt. Fallen sah man Blatt auf Blatt, Zweig auf Zweig. Noch ein letzter Versuch wurde bei der Zusammensetzung der Parteileitung gemacht. Seit 1892 waren Singer und Bebel Vorsitzende; nach Singers Tode wurde vor elf zwei Jahren Bebel mit 390 Stimmen wiedergewählt und neben ihm Haase mit 283 Stimmen gegen 102, die auf Ebert, den Kandidaten der Revisionisten, fielen. Gegen Eberts Wahl zum Nachfolger Bebels erhoben die Radikalen — wohl 'oder wohl — keinen Einspruch mehr; er erhielt gestern 433 Stimmen, nur 34 weniger als Haase bei seiner Wiederwahl. Aber dann wollten die Radikalen die durch Eberts Aufstieg freigewordene Parteistelle mit einem der Ihrigen besetzen und fielen mit 311 gegen 262 Stimmen durch. Der Umschwung seit Dresden ist handgreiflich.

Freilich, Haase hat Singer nicht ersetzt, und Ebert wird die Lücke nicht ausfüllen, die Bebels Tod gerissen hat, und welche Autorität fortan die Parteileitung ausüben wird, das muß die Zukunft lehren. Wie demokratisch auch eine Partei sein mag, hervorragende Personen sind für ihre Haltung und Gestaltung von großer Bedeutung. In der Geschichte der Sozialdemokratie leben Marx und Engels, Ferdinand Lassalle, Schweitzer, Wilhelm Liebknecht, Bebel, Singer unvergessen fort; aber wer Haase und Ebert sind, ist außerhalb engere Parteikreise hinaus kaum bekannt. — Als Vorsitzende des Parteivorstandes mögen sie bei der Erledigung mancher Geschäfte den Ausschlag geben, darüber hinaus werden sie keinen größeren Einfluß ausüben als eine Reihe anderer Genossen. Denn Bebel übte seinen großen Einfluß nicht kraft seines Parteiamtes, sondern kraft des Ansehens, das er genoß. Und die Haase und Ebert, obwohl Parteivorsitzende, werden nicht mehr gelten als Vollmar, Molkenbuhr, Südekum, Frank, Heine und manche andere ihrer Parteifreunde. Man hat Bebel nach dem Dresdner Parteitag den Diktator, den Parteipapst genannt. Die Macht seiner Persönlichkeit war außerordentlich. Das Amt, nicht aber diese Macht ist übertragbar und vererblich, und der Zustand der Sozialdemokratie erinnert an den Zustand des makedonischen Weltreiches, als nach dem Tode Alexanders des Großen die Diadochen sich in die Herrschaft teilten. Freilich, der Nachfolger Bebels wird den Vergleich zurückweisen, wenigstens in Ansehung der Folgen. Er weiß nichts von Selbstzerfleischung, er rühmt den Willen zur Einigkeit und Geschlossenheit. Ob er recht behält, werden die Ereignisse lehren.

Vorerst ist das Ergebnis der roten Woche, daß die Radikalen besiegt sind, dermaßen, daß sie noch nicht die Kraft gefunden haben, sich zu neuem Kampfe zu sammeln. Diese Tatsache wird ihre weitere Wirkung auf die Haltung der Mehrheit schwerlich verfehlen. Waren auch bei den Verhandlungen und Abstimmungen Revolutionäre und Revisionisten nicht immer streng gesondert, im ganzen hat doch die Sache der Revisionisten eine erhebliche Förderung erfahren, und ihr Selbstvertrauen und Siegesbewußtsein ist durch die Tage von Jena nicht wenig gestärkt worden. Sie werden zweifelsohne zuversichtlicher auftreten bei Fragen, die früher gegen sie entschieden wurden, den Fragen der Budgetbewilligung, der Hofgängerei, der Erfüllung hergebrachter Repräsentationspflichten, der Unterlassung unnötiger Demonstrationen gegen die Monarchie, und was sonst noch den Reaktionären nach dem Herzen war. Ob sich bei alledem die Einigkeit und Geschlossenheit bewähren wird, die der Genosse Ebert in Jena wahrgenommen haben will? Vielleicht war der Antrag, den nächsten Parteitag erst nach zwei Jahren abzuhalten, obwohl er abgelehnt wurde, ein besseres Schlußwort als das des Vorsitzenden. Und die „Enttäuschten" auf der äußersten Linken werden dem Antrag innerlich zugestimmt haben.

Man muß der Entwicklung ein paar Jahre Zeit lassen. Einstweilen hat der unbefangene Zuschauer im bürgerlichen Lager keinen Anlaß, über den Verlauf eines Parteitages zu klagen, auf dem der Genosse Stadthagen sich über die Länge der Reden und Rosa Luxemburg — über Demagogie beschwerte.

Die Reichseinnahmen.

Die Reichseinnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren haben im August d. J. wieder kein sonderlich gutes Ergebnis gezeitigt. Vor allem ist wieder der Ertrag der Zölle, der im Juli recht gut war, sehr gering gewesen. Er blieb um 3,7 Millionen Mk. hinter dem des August 1912 zurück, so daß die bisherige Mindereinnahme seit Beginn des Etatsjahres gegen das vorige sich aus dieser Einnahmequelle auf über 13 Millionen Mk. stellt. Im übrigen sind die Einnahmen im August d. J. nur bei den Steuern und Stempeln geringer als im August 1912 gewesen, bei denen schon im Etat auf eine Mindereinnahme gerechnet worden ist. Im Vergleich zum Etatsanschlag hatten bisher neben den Zöllen die Tabaksteuer, Schaumweinsteuer, die Leuchtmittelsteuer, der Wertpapierstempel, der Kaufstempel, der Scheckstempel und die Erbschaftssteuer zu geringe Einnahmen. Da aber die Mehrzahl der übrigen Einnahmequellen den Etatsanschlag übersteigen, balanzieren die tatsächlichen Einnahmen annähernd mit dem Voranschlag. Im übrigen sei bemerkt:

Aus den Zöllen kamen im August d. J. 56,24 Millionen Mark ein gegen 59,94 Millionen Mk. im August 1912 und seit Beginn des Etatsjahres 287,03 gegen 300,38 Millionen Mk. Geringere Einnahmen als im vorigen Etatsjahre 1912 hatten außer den Zöllen bisher noch die Tabaksteuer mit 3,837 Millionen Mk. gegen 3,84 Millionen Mk., die Schaumweinsteuer mit 4,40 Millionen Mk. gegen 4,95 Millionen Mk., der Grundstücksübertragungsstempel mit 14,66 Millionen Mk. gegen 16,31 Millionen Mk. der Kaufstempel mit 7,89 gegen 10,68 Millionen Mk., sowie der Scheckstempel mit 1,25 gegen 1,26 Millionen Mk. Bei diesen fünf Steuern aus Stempeln ist bereits im Etat ein niedrigerer Betrag als voraussichtliche Einnahme eingesetzt worden, da die sinkende Tendenz dieser Einnahmequellen bereits seit längerem anhält. Im übrigen haben die Steuern und Stempel bisher ein besseres Ergebnis als im Vorjahr gehabt, wenn auch im August d. J. einige von ihnen, so zum Beispiel die Branntweinverbrauchsabgabe schlechtere Einnahmen als im August 1912 hatten. Es kamen von Anfang April bis Ende August ein aus der Zigarettensteuer 16,43 gegen 13,99 Millionen Mk., der Zuckersteuer 70,70 gegen 55,38 Millionen Mk., der Salzsteuer 23,58 gegen 22,66 Millionen Mk., der Branntweinverbrauchsabgabe 85,23 gegen 80,19 Millionen Mk., der Essigsäureverbrauchsabgabe 331 354 Mk. gegen 271 262 Mk., der Leuchtmittelsteuer 6,34 gegen 5,65 Millionen Mk., der Zündwarensteuer 8,92 gegen 8,80 Millionen Mk., der Brausteuer 52,38 gegen 52,34 Millionen Mk., dem Spielkartenstempel 0,83 gegen 0,82 Millionen Mk., dem Wechselstempel 8,30 gegen 8,22 Millionen Mk., dem Talonstempel 3,79 gegen 2,95 Millionen Mark, dem Lotterielstempel 22,13 gegen 18,20 Millionen Mk., dem Frachturkundenstempel 7,92 gegen 7,25 Millionen Mk., dem Personenfahrkartenstempel 9,82 gegen 9,80 Millionen Mark, dem Automobilkartenstempel 2,65 gegen 2,35 Millionen Mark, dem Tantiemenstempel 3,53 gegen 5,02 Millionen Mark und der Erbschaftssteuer 17,90 gegen 16,77 Millionen Mark. Aus der statistischen Gebühr kamen 0,91 Millionen Mk. und aus der Zuwachssteuer 7,27 Millionen Mk. Der Wertzeichenstempel brachte bisher 21,74 Millionen Mk. gegen 25,69 Millionen Mk. im Vorjahre, also ebenfalls erheblich weniger. Hier tritt demnächst der Gesellschaftsvertragsstempel als Reichsstempel hinzu, dessen Einnahme im Etat zusammen mit dem Wertpapierstempel auf 68,82 Millionen Mk. geschätzt ist.

Dschahid Bey als Politiker.

(Von unserem ständigen Korrespondenten.)

Konstantinopel, 16. September.

Dschahid Bey hat zwar auf Drängen seiner Freunde seinen Entschluß, den suspendierten „Tanin" überhaupt nicht wieder erscheinen zu lassen und gleichzeitig sein Mandat zum Hauptausschuß der Komiteepartei niederzulegen, zurückgezogen, doch lenkt der Fall deshalb die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, weil er im engsten Zusammenhange mit den türkisch-bulgarischen Friedensverhandlungen steht. Dschahid Bey hat diesen gegenüber eine unverständliche Haltung eingenommen, die sich nur mit der Auffassung erklären ließ, die Türkei sei imstande, das militärisch und wirtschaftlich erschöpfte Bulgarien mit den Waffen in der Hand zum Verzicht auf das ganze eroberte Gebiet zu zwingen. Diese Auffassung war offenbar falsch, denn sonst würden die amtlichen Stellen der Türkei wenigstens den Versuch gemacht haben, selbständig und ohne Rücksicht auf bulgarische Wünsche und Forderungen die Grenze gegen Bulgarien festzusetzen. Aus eigener Kraft hätte die Türkei dies jedenfalls nicht zu Wege gebracht, und die griechische Unterstützung bei diesem Unternehmen hätte sie gar zu teuer bezahlen müssen, während die von Dschahid angeregte Verständigung mit Serbien die Türkei leicht in Differenzen mit Oesterreich hätte bringen können.

Bei dieser Sachlage und bei der unbestreitbaren Notwendigkeit, nach zweijährigem Kriegszustand endlich wieder in normale Verhältnisse zu kommen, war der Kampf des „Tanin" gegen diplomatische Verhandlungen mit Bulgarien nicht gerade ein politisches Meisterstück, wie die rohen Beschimpfungen, die er sich gegen den General Sawow leistete, nicht gerade ein Beweis seiner Gesittung waren. Zur Ehre der politischen Freunde Dschahids kann ich versichern, daß diese fast einmütig das Verhalten des „Tanin" mißbilligten. Der „Tanin" war unbelehrbar und hat der Komiteepartei von allem Anfang an viel Schwierigkeiten gemacht, während mancher Kampfgenosse Dschahids sich im politischen Streit zum kaltblütigen, ruhig überlegenden Politiker entwickelte. Im Beginn der Verfassungspartei gab es keinen radikaleren und leidenschaftlicheren Politiker als Talaat Bey, und wie vorteilhaft hat sich dieser Mann in den wenigen Jahren entwickelt. Seine Freunde rühmen ihn heute als den verständigsten und abgeklärtesten der jungtürkischen Politiker, und seine Ernennung zum Delegierten bei den Verhandlungen mit Bulgarien wurde vielfach als eine Bürgschaft für bedächtige Führung der Geschäfte in den Friedensberatungen aufgenommen.

Gleichwohl wäre das Verschwinden des „Tanin" zu beklagen gewesen. Denn er ist die einzige Zeitung, die wenig oder gar keine Rücksicht auf Zensur und Preßordonnanzen nimmt. Es klang stets ein freies Wort aus den Spalten des „Tanin", und in mancher verwickelten und unklaren Lage bildeten seine Aeußerungen den einzigen Leitfaden durch das politische Labyrinth. Das bedeutet schon immer etwas in diesem Lande, wo alles auf Verdunklung der Lage hinarbeitet und die öffentliche Meinung systematisch erdrosselt wird.

Die türkisch-griechischen Verhandlungen.

Athen, 20. September. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Nach Berichten, die der griechischen Regierung aus Konstantinopel zugegangen sind, hat die Pforte den griechischen Friedensentwurf in der Hauptsache genehmigt, nur bei den Bestimmungen über die mohammedanischen Kirchengüter und die Staatsangehörigkeit sind verschiedene Abänderungen des Entwurfs vorgenommen worden, die, wie die griechische Regierung hofft, nicht wesentlich sein und den endgültigen Frieden nicht mehr lange verzögern werden. Der türkische Delegierte Reschid Bey wird nächsten Dienstag von Konstantinopel abreisen und Donnerstag hier eintreffen.

Serbien sperrt die Grenzen gegen Albanien.

Belgrad, 20. September. Die Regierung hat den Uebertritt aus Albanien in serbisches Gebiet für jedermann verboten.

Belgrad, 20. September. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Der in Regierungskreisen geäußerte Verdacht, daß die Agitation in Albanien auf auswärtige Einflüsse zurückzuführen sei, wird sogleich heute in der „Prawda" aufgegriffen, die zu wissen behauptet, daß bulgarische und österreichische Machenschaften im Spiele seien und sich viele Offiziere beider Staaten zu Agitationszwecken sowie zur Organisierung eines Aufstandes in Albanien befänden. Das Blatt behält sich nähere Mitteilungen vor.